S 15 VG 9/24 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen

Sozialgericht Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen Sachgebiet Entschädigungs-/Schwerbehindertenrecht

Abteilung 15

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 15 VG 9/24 ER Datum 29.05.2024

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 VG 25/24 B ER

Datum 04.07.2024

3. Instanz

Datum -

Die Beschwerde der Antragstellerin gegen den Beschluss des Sozialgerichts Detmold vom 29.05.2024 wird zurĽckgewiesen.

AuÃ□ergerichtliche Kosten sind auch im Beschwerdeverfahren nicht zu erstatten.

Â

Gründe:

ı.

Die Beteiligten streiten im Wege des Eilrechtschutzes Ã⅓ber AnsprÃ⅓che auf Krankenbehandlung, Rehabilitation, Krankengeld sowie vergangener und zukÃ⅓nftiger Ã∏bernahme von Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung nach dem Sozialen Entschädigungsrecht.

Â

Die am 00.00.0000 geborene Antragstellerin war im Rahmen einer Ersatzfreiheitstrafe vom 02.01.2023 bis zum 08.08.2023 und dann nach Aktenlage erneut ab September 2023 inhaftiert. Sie ist gesetzlich kranken- und sozial pflegeversichert bei der E. (E.). Diese erhob mit Bescheid vom 23.01.2024 gegenýber der Klägerin Beiträge ab Januar 2024 in Höhe von 182,64 EUR monatlich. Im Rahmen des vorliegenden Verfahrens teilte die E. dem Antragsgegner auf Nachfrage mit, dass der Leistungsanspruch der Antragstellerin aufgrund von Beitragsrýckständen seit dem 21.03.2024 ruhe.

Â

Am 29.12.2023 stellte die Antragstellerin nach eigenen Angaben einen Antrag auf Gewährung einer Erwerbsminderungsrente und Ã□bernahme der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Westfalen. Weiter gab sie an, dass ihr Antrag auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) durch den zuständigen Träger abgelehnt worden sei. Belege reichte sie diesbezüqlich jeweils nicht ein.

Â

Zudem beantragte die Antragstellerin am 09.11.2023 Leistungen der Sozialen EntschĤdigung beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS), welches ihr Anliegen im Januar 2024 an den dafür zustĤndigen Antragsgegner weiterleitete. Diesem gegenļber konkretisierte die Antragstellerin mit am 29.01.2024 eingegangenem Antragsformular ihr Anliegen. Sie sei seit dem Jahr 2018, insbesondere im Jahr 2021 und am 02.01.2023, immer wieder Opfer von Gewalt durch verschiedene Mitarbeiter von diversen BehĶrden geworden. Insbesondere sei sie im Justizvollzugskrankenhaus (Y.) T. durch den sie dort behandelnden Arzt misshandelt worden. Dieser habe unter anderem versucht, sie mit ýberdosierten Morphinen umzubringen. Da sie Zeugin schwerster Verbrechen geworden sei, trachte man ihr behĶrdlicherseits nach dem Leben. Insgesamt erhob die Antragstellerin im Verlauf des Verwaltungsverfahrens verschiedenste Tatvorwürfe, wozu maÃ∏geblich Behandlungsfehler im Zusammenhang mit der Behandlung ihrer Fersenbeinbrüche, die gezielte ̸berdosierung starker Analgetika, die Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht im bzw. durch das Y. T., die Unterschlagung persĶnlicher Post durch die Justizvollzugsanstalt (JVA) X., die Nötigung zu Laufübungen durch ihren Arzt, die Anordnung von Fu̸fesseln, um einen anaphylaktischen Schock herbeizuführen, die Injektion von BetĤubungsmitteln in den Halswirbelbereich, eine Erpressung, um eine Aussage ihrerseits zu verhindern, kA¶rperliche Gewalt durch das Einspritzen von Nitrospray in den Mund, unterlassene Hilfeleistung durch Nichtbehandlung ihres Spinalkanals, den Auftrag eines Totschlags gegen sie durch das Amtsgericht Detmold und Misshandlungen durch den Oberstaatsanwalt, durch die JVA X. sowie einen Polizeibeamten im Jahr 2019 gehĶrten. Hinsichtlich der Einzelheiten der Tatvorwürfe nimmt der Senat Bezug auf das weitere Vorbringen der Antragstellerin.

Â

Die Antragstellerin reichte wegen dieser Tatvorwürfe diverse Strafanzeigen gegen verschiedene Personen ein. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft befragten die Antragstellerin mehrfach und vernahmen die jeweiligen Beschuldigten. Alsdann stellte die zuständige Staatsanwaltschaft die Strafanzeigen gegen den Leiter und die Ã∏rzte des Y. T. (Aktenzeichen 061 Js 32/23, Einstellungsbescheid vom 11.10.2023, Zurückweisung der Beschwerde mit Bescheid vom 18.12.2023) sowie Verfahren gegen einen Polizisten (Aktenzeichen 44 Js 10/21, Einstellungsbescheid vom 28.02.2023) und die ehemalige Betreuerin ihrer Mutter (Aktenzeichen 21 Js 528/17, Einstellungsbescheid vom 24.01.2018) mangels hinreichenden Tatverdachts nach <u>§ 170 Abs. 2</u> der Strafprozessordnung (StPO) ein. Der Senat nimmt auch insofern auf den weiteren Akteninhalt Bezug.

Â

Im Verwaltungsverfahren wies die Antragstellerin den Antragsgegner darauf hin (Email vom 05.02.2024), dass ihr Anspruch auf Krankenversicherungsleistungen wegen Beitragsrýckständen ruhe. Ohne medizinische Versorgung i.S.v. Heilbehandlung und Krankengeld sei ihre Genesung gefährdet und es drohten dauerhafte Folgeschäden. Sie beantrage daher Leistungen medizinischer Behandlungs- und Rehabilitationskosten, Versorgungskrankengeld sowie die Ã□bernahme der Krankenversicherungsbeiträge.

Â

Daraufhin stellte der Antragsgegner mit Bescheid vom 13.02.2024 fest, dass fÃ 1 4r die Antragstellerin aufgrund des Ereignisses vom 02.01.2023 kein Anspruch auf vorlÃ 2 2ufige Leistungen der Heilbehandlung nach 2 3 Sozialgesetzbuch Vierzehntes Buch (SGB XIV) bestehe, da die Wahrscheinlichkeit fÃ 1 4r die zukÃ 1 4nftige Anerkennung eines Versorgungsanspruchs nach 2 3 4 Abs. 1 SGB XIV derzeit nicht gegeben sei. Eine endg 2 4ltige Entscheidung 2 4ber den Antrag werde nach Abschluss der Ermittlungen ergehen.

Â

Gegen diesen Bescheid legte die Antragstellerin am 14.03.2024 durch ihre RechtsanwĤltin, die das Mandat kurz darauf niederlegte, Widerspruch ein. Dieser ist noch nicht beschieden.

Â

Am 02.05.2024 hat die Antragstellerin vor dem Sozialgericht (SG) Detmold einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gestellt und ihr bisheriges Vorbringen wiederholt und vertieft.

Â

Die Antragstellerin hat beantragt,

den Antragsgegner im Wege der einstweiligen Anordnung zu verpflichten, ihr Heilfýrsorge und Rehabilitation unter Zahlung von Krankengeld in Anlehnung des § 10 Abs. 8 Bundeversorgungsgesetz (BVG) zu gewähren.

Â

Der Antragsgegner hat beantragt,

Â

ÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂA den Antrag abzulehnen.

Â

Er hat zur Begründung auf seinen Bescheid Bezug genommen und des Weiteren vorgetragen, dass nach der bisherigen Sachverhaltsermittlung sich nicht die gebotene Wahrscheinlichkeit ergebe, dass es zu einer Anerkennung eines Versorgungsanspruchs nach § 4 Abs. 1 SGB XIV kommen werde. Der Anspruch nach § 119 SGB XIV sei daher ordnungsgemäÃ□ geprüft und rechtmäÃ□ig beschieden worden. Ein Anordnungsanspruch liege weiterhin nicht vor.

Â

Bezüglich der noch nicht beschiedenen abschlieÃ□enden Anerkennung eines Versorgungsanspruchs nach § 4 Abs. 1 SGB XIV und insbesondere bzgl. der Gewährung von Heil- und Krankenbehandlung werde auf § 57 SGB XIV hingewiesen. Danach erbringe für Geschädigte, die Mitglied einer Krankenkasse seien, ihre Krankenkasse für die zuständige Verwaltungsbehörde die Krankenbehandlung nach § 42 SGB XIV. Vom Antragsgegner würde in dem Fall daher zunächst nur eine Zuweisung an die Krankenkasse der Antragstellerin erfolgen.

Â

Soweit die Antragstellerin eine Ä\[
\text{begehre bzw. die mangelnde Zust\text{A}\text{m}ndigkeit des} \\
Antragsgegners r\text{A}\[
\text{A}\]
\text{ge, k\text{A}}\[
\text{nne dies nicht nachvollzogen werden. Gem\text{A}\text{\text{A}}\[
\text{A}\]
\text{Abs. 1 Ausf\text{A}\[
\text{A}\]
\text{hrungsgesetz SGB XIV NRW (AG SGB XIV NRW) seien die} \\
Landschaftsverb\text{A}\[
\text{mndigen Beh\text{A}}\[
\text{nden nach }\text{A}\[
\text{§ 112 S. 1 SGB XIV} \\
Auch vor Inkrafttreten des SGB XIV habe die Zust\text{A}\[
\text{mndigkeit f\text{A}\[
\text{A}\]
\reft Antr\text{A}\[
\text{ge auf Versorgungsleistungen nach dem OEG a.F. i.V.m. BVG a.F. in NRW bei den} \\
Landschaftsverb\text{A}\[
\text{mnden gelegen. Die Bezirksregierung H. sei bis zum 31.12.2023 f\text{A}\[
\text{A}\]
\reft die Geltendmachung der in \(\text{A}\)\text{§ 81a BVG genannten Anspr\text{A}\[
\text{A}\]
\reft che und der im \\
Zusammenhang mit der Durchf\text{A}\[
\text{A}\]
\reft hrung der Versorgung stehenden b\text{A}\[
\text{A}\]
\reft rechtlichen Anspr\text{A}\[
\text{A}\]
\reft che zust\text{A}\[
\text{mndig gewesen. Allein diese Zust\text{A}\[
\text{mndigkeit f\text{A}\[
\text{A}\]
\reft r die Geltendmachung der Schadensersatzanspr\text{A}\[
\text{A}\]
\reft che nach \(\text{A}\)
\reft 81a BVG a.F. sei mit

Inkrafttreten des SGB XIV gem $\tilde{A} = \tilde{A} = 1$ Abs. 1 und Abs. 2 i.V.m. $\hat{A} = 2$ Abs. 1 und Abs. 2 AG SGB XIV NRW auf die Landschaftsverb $\tilde{A} = 1$ bergegangen.

Â

Das SG hat den Antrag sodann mit Beschluss vom 29.05.2024 als unbegründet abgelehnt. Die Antragstellerin habe einen Anspruch auf Leistungen der Krankenbehandlung gegen ihre Krankenversicherung, so dass von einem Anordnungsgrund im Sinne einer besonderen Eilbedürftigkeit nicht ausgegangen werden könne. Auf die Gründe im Ã□brigen wird Bezug genommen.

Â

Gegen den ihr am 01.06.2024 zugestellten Beschluss hat die Antragstellerin am 12.06.2024 Beschwerde eingelegt. Sie leide unter nicht konsolidierten Fersenbein-Brüchen an beiden FüÃ[en, Taubheit am Hinterkopf, schweren Wirbelsäulenerkrankungen der Hals- und Lendenwirbelsäule mit Beteiligung des Rückenmarks, die bereits mit Lähmungen im Arm einhergingen, Einsteifungen ihres Knies und weiteren Lähmungen im Bein. Diese gesundheitlichen Schäden seien durch die oben genannten Straftaten hervorgerufen worden. Sie sei dringend auf medizinische Behandlung angewiesen. Ã[berdies benötige sie Krankengeld, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Â

Die Antragstellerin beantragt schriftsAxtzlich wA¶rtlich,

Â

- 1. den Beschluss des Sozialgerichts Detmold vom 29.05.2024 aufzuheben,
- 2. das Verfahren 63-50 R 5109130, LWL H., aus Gr \tilde{A}^{1} /4nden der Neutralit \tilde{A} xt und Korruption auf die Bezirksregierung H. zu \tilde{A}^{1} /4bertragen,
- 3. den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, H. zur ̸bernahme medizinischer Behandlungs- und Rehabilitationskosten unter Zahlung von Krankengeld zu verpflichten.

Â

Der Antragsgegner beantragt,

Â

die Beschwerde zurļckzuweisen.

Â

Er hält den Beschluss des SG für zutreffend und verweist auf seine	
erstinstanzlichen Ausführungen.	

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhaltes und des $\tilde{A}\frac{1}{4}$ brigen Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakten sowie der beigezogenen Verwaltungsakte Bezug genommen.

Â

Â

11.

Â

Die Beschwerde hat keinen Erfolg. Sie ist teilweise bereits unzulÄxssig, jedenfalls aber unbegrļndet.

Â

1. Zunächst ist davon auszugehen, dass die Antragstellerin an ihrem Antrag auf Akteneinsicht nicht weiter festhält. Sie hat stattdessen mit Schreiben vom 25.06.2024 und 02.07.2024 um sofortige Entscheidung gebeten. Zudem hat die Antragstellerin mit Schreiben vom 01.07.2024 mitgeteilt, dass ihr die Verfahrensakte durch den Antragsgegner zugestellt worden sei.

Â

2. Das Begehren der Antragstellerin ist dahingehend auszulegen, den Beschluss des SG Detmold vom 29.05.2024 aufzuheben und den Antragsgegner im Wege der einstweiligen Anordnung zu verpflichten, ihr vorzeitige Krankenbehandlungs-, Rehabilitationsleistungen und Versorgungskrankengeld zu gewĤhren, die künftigen Beiträge ihrer gesetzlichen Krankenversicherung zu übernehmen sowie die dortigen Beitragsrückstände auszugleichen. Zudem begehrt sie die Verweisung des Verwaltungsverfahrens an die Bezirksregierung H..

Â

a) Die so ausgelegte Beschwerde ist teilweise, nämlich hinsichtlich des Verweisungsantrages, bereits unzulässig, im Ã□brigen aber zulässig.

Â

aa) Soweit die Antragstellerin eine $\tilde{A} \square$ bertragung der Entscheidungskompetenz $\tilde{A}^{1}\!\!/_{\!4}$ ber ihr Verwaltungsverfahren vom Antragsgegner auf die Bezirksregierung H. begehrt, ist der Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz bereits nicht statthaft. Ein

entsprechendes Begehren kann weder nach $\hat{A}\S 86b Abs. 1$ Sozialgerichtsgesetz (SGG) noch nach $\hat{A}\S 86b Abs. 2 SGG$ verfolgt werden.

Â

bb) Im \tilde{A}_{\square} brigen ist die Beschwerde statthaft (\hat{A} § 172 Abs. 1 SGG) sowie form- und fristgerecht (\hat{A} § 173 Satz 1, \hat{A} § 64 Abs. 1, Abs. 2, \hat{A} § 63 SGG) am 12.06.2024 durch die Antragstellerin gegen den ihr am 01.06.2024 zugestellten Beschluss des SG Detmold vom 29.05.2024 eingelegt worden.

Â

b) Die insoweit zulĤssige Beschwerde ist indes unbegründet.

Â

Nach <u>§ 86b Abs. 2 Satz 2 SGG</u> sind einstweilige Anordnungen zur Regelung eines vorlĤufigen Zustandes in Bezug auf ein streitiges RechtsverhĤltnis, aus dem der Antragsteller eigene Ansprüche ableitet (Anordnungsanspruch), zulässig, wenn eine solche Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile nĶtig erscheint (Anordnungsgrund). Anordnungsanspruch und -grund sind glaubhaft zu machen (§ 86b Abs. 2 Satz 4 SGG i.V.m. §Â§ 920 Abs. 2, 294 Abs. 1 Zivilprozessordnung). Fýr die Beurteilung des Anordnungsanspruchs kommt es in erster Linie auf die Erfolgsaussichten in der Hauptsache an. Der Anordnungsgrund besteht nur dann, wenn der Antragsteller glaubhaft macht, dass ihm unter Berýcksichtigung der widerstreitenden Ķffentlichen Belange ein Abwarten bis zur Entscheidung der Hauptsache nicht zuzumuten ist (vgl. Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 30.01. 2019 â∏∏ <u>L 11 KR 442/18 B ER</u> â∏∏ KrV 2019, 126; Beschluss vom 22.01.2018 $\hat{a} \sqcap \underline{l} \perp 11 \text{ KA } 82/16 \text{ B ER}$ $\hat{a} \sqcap \underline{l} \mid \text{juris}$; jeweils m.w.N.). Wegen des Zusammenhangs zwischen den genannten Kriterien (einerseits der Erfolgsaussichten im Falle einer Entscheidung in der Hauptsache und andererseits der Unzumutbarkeit, auf eine solche Entscheidung zu warten) besteht eine funktionelle Wechselbeziehung zwischen Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund: Mit zunehmender Eilbedürftigkeit sind die Anforderungen an die Glaubhaftmachung des Anordnungsanspruchs zu reduzieren, und je hA¶her die Erfolgsaussichten in der Hauptsache sind, desto geringere Anforderungen sind an den Anordnungsgrund zu stellen. GĤnzlich verzichtet werden kann indessen weder auf den Anordnungsanspruch noch auf den Anordnungsgrund. Ist Letzterer nicht dargetan, kommt der Erlass einer einstweiligen Anordnung selbst dann nicht in Betracht, wenn der Antragsteller im Hauptsacheverfahren voraussichtlich obsiegen wird. Andernfalls würde sich das Gericht über den eindeutigen Wortlaut des § 86b Abs. 2 Satz 2 SGG (â wenn eine solche Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile nötig erscheintâ∏) hinwegsetzen. Sind schlieÃ∏lich die Erfolgsaussichten offen, so bedarf es einer umfassenden InteressenabwĤgung (zu den genannten Kriterien ausführlich LSG NRW, Beschluss vom 22.01.2018 â∏ a.a.O. m.w.N.; Bundesverfassungsgericht , Beschluss vom 25.02.2009 â□□ 1 BvR 120/09; Beschluss vom 29.11.2007 â∏ 1 BvR 2496/07 â∏∏ juris).

Â

Unter Berýcksichtigung dieser GrundsÃxtze hat das SG Detmold den Erlass einer einstweiligen Anordnung zu Recht abgelehnt, denn die Voraussetzungen des <u>§ 86b Abs. 2 SGG</u> liegen nicht vor. Die Antragstellerin hat weder einen Anordnungsgrund (dazu unter aa) noch einen Anordnungsanspruch (dazu unter bb) glaubhaft gemacht.

Â

aa) Hinsichtlich der Anspruchsverfolgung im Eilverfahren für vergangene, gegenwärtige bzw. künftige Versorgung (Beitragsrückstände, Zahlung laufender Beiträge, Krankenbehandlung, Rehabilitation und Versorgungskrankengeld) fehlt es an der substantiierten Darlegung und Glaubhaftmachung eines Anordnungsgrundes.

Â

(1) Soweit die Antragstellerin Krankenbehandlung und Rehabilitation begehrt, fehlt es an einer glaubhaftgemachten Eilbed $\tilde{A}\frac{1}{4}$ rftigkeit.

Â

(a) Der Krankenversicherungsschutz ist bei ruhenden KrankenversicherungsverhĤltnissen nach §Â 16 Abs. 3a Sozialgesetzbuch FÃ⅓nftes Buch (SGB V) insoweit gewahrt, als akute Erkrankungen und Schmerzzustände behandelt werden (fÃ⅓r Leistungen zur Existenzsicherung nach dem SGB II: LSG NRW, Beschluss vom 03.05.2023 â□ L 19 AS 417/23 B ER â□ juris; LSG NRW, Beschluss vom 13.07.2022 â□ L 7 AS 585/22 B ER â□ juris). Dass die E. dies gegenÃ⅓ber der Antragstellerin nicht beachtet, ist nicht erkennbar. GegenÃ⅓ber dem Antragsgegner hat sie auf diese Möglichkeit vielmehr hingewiesen. Ob der Antragstellerin hingegen bei Ruhen der Leistungen wegen BeitragsrÃ⅓ckständen einen Anspruch auf Ausstellung einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK) mit uneingeschränkter Legitimationsfunktion zustehen wÃ⅓rde, solange die technischen Voraussetzungen fehlen, um Angaben zum Ruhen des Anspruchs zu verschlÃ⅓sseln (vgl. dazu LSG fÃ⅓r das Saarland, Beschluss vom 16.08.2023 â□ L2 KR 3/23 B ER â□ juris), kann der Senat offenlassen, da dies vorliegend nicht streitgegenständlich ist.

Â

(b) Auch der Vortrag zu einer gegenwĤrtigen Notlage ist nicht plausibel. Bereits im Jahr 2023 verwies die Antragstellerin darauf, dass sie über keinen Krankenversicherungsschutz verfüge, obgleich dieser erst im März 2024 nach Auskunft der E. ruhend gestellt wurde. Zur Begründung legte die Antragstellerin später eine an sie adressierte Rechnung über einen Krankenhausaufenthalt vom 29. September 2023 bis zum 7. Oktober 2023 vor, die die E. nicht beglichen habe. Tatsächlich findet sich der entsprechende Krankenhausaufenthalt allerdings in

dem durch den Antragsgegner eingeholten Leistungsverzeichnis der E.. Weshalb daher letztlich der offensichtlich geplante Operationstermin am 30.10.2023 nicht durchgefĽhrt worden ist, bleibt nach Aktenlage unklar.

Â

(c) Davon abgesehen hat die Antragstellerin weder glaubhaft gemacht, dass sie den â∏ nicht bezifferten â∏ rückständigen Beitrag zu gKV nicht aus eigenen Mitteln finanzieren kann (dazu sogleich), noch, dass sie sich bei der Krankenversicherung um eine Ratenzahlungsvereinbarung bemüht hat, um den vollen Versicherungsschutz wiederherzustellen.

Â

(3) Hinsichtlich der begehrten künftigen Beitragsübernahme zur gKV und der Gewährung von Versorgungskrankengeld fehlt es gleichfalls an der Substantiierung eines Anordnungsgrundes. Die Antragstellerin hat ihre finanzielle Situation nicht offengelegt.

Â

Es entspricht allgemeiner Auffassung in Rechtsprechung und Literatur, dass die Fähigkeit eines Antragstellers, jedenfalls gegenwärtig auf eigene Mittel zurückzugreifen, ihm ein Abwarten der Hauptsacheentscheidung zumutbar erscheinen IAxst und daher einem Anordnungsgrund entgegensteht (zum Recht der Krankenversicherung: LSG NRW, Beschluss vom 05.04.2018 â∏∏ L 11 KR 651/17 BER â∏∏ juris; Schleswig-Holsteinisches LSG, Beschluss vom 04.09.2014 â∏∏ L 5 KR 20/11 B ER â ☐ Breith 2015, 393; Beschluss vom 06.06.2019 â ☐ L 5 KR 38/19 B ER â∏ Breith 2019, 801; Thüringer LSG, Beschluss vom 26.11.2015 â∏ L 6 KR 1266/15 B ER; Burkiczak in jurisPK-SGG, Stand 6/2024, §Â 86b Rn. 412ff. ff. m.w.N.). Dem ist nicht entgegenzuhalten, dass dadurch der Anspruch auf einstweiligen Rechtsschutz faktisch auf Mittellose beschrĤnkt werde und es zudem an verallgemeinerungsfĤhigen Kriterien für die Zumutbarkeit der Vorfinanzierung fehle. Stattdessen kommt es für die Beurteilung des Anordnungsgrundes im Rahmen von <u>§Â 86b Abs. 2 Satz 2 SGG</u> jeweils auf eine einzelfallbezogene InteressenabwĤgung an (vgl. hierzu LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 21.12.2017 â_{□□} <u>L 9 KR 372/17 B ER</u> â_{□□} juris-Rn. 34, LSG NRW, Beschluss vom 20.05.2020Â â∏∏ <u>L 11 KR 166/20 B ER</u>Â â∏∏ juris).

Â

Vorliegend wird einerseits vorgetragen, dass sowohl ein Antrag auf GewĤhrung einer Erwerbsminderungsrente sowie auf Bewilligung von Býrgergeld gestellt worden sei. Im Falle des Býrgergeldes solle es sich jedoch lediglich um einen Antrag auf darlehensweise GewĤhrung gehandelt haben. Die Behauptung der jeweiligen Ablehnung wird nicht belegt. Andererseits trägt die Antragstellerin vor, dass ihre Eltern vermögend gewesen seien und diverse Stellen ýber 500.000,00 EUR dieses Vermögens hätten veruntreuen können. Insofern wäre es

erforderlich gewesen, konkret zu ihren derzeitigen Einkommens- und Vermögensverhältnisse, zu denen auch mögliche Erbschaften gehören, vorzutragen. Dies ist der Antragstellerin zur Ã□berzeugung des Senats auch bewusst, denn sie beansprucht, die Gewährung von Krankengeld gerade zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes. Dass sie diesen indes nicht auf andere Weise sichern kann, trägt sie weder plausibel vor noch lässt sich dies der Aktenlage entnehmen.

Â

bb) Ungeachtet dessen fehlt es auch an der Glaubhaftmachung eines Anordnungsanspruchs auf LeistungsgewĤhrung.

Â

(1) Soweit der Vortag der Antragstellerin auf Ã□bertragung der Verwaltungsentscheidung an die Bezirksregierung H. auch als Rüge über die Zuständigkeit des Antragsgegners auszulegen ist, nimmt der Senat auf die diesbezüglichen Ausführungen des Antragsgegners in seinem Schriftsatz vom 29.05.2024 Bezug.

Â

(2) Die Antragstellerin hat einen Anordnungsanspruch weder nach der neuen Rechtlage gemĤà dem SGB XIV noch nach der alten Rechtslage gemäà dem Gesetz ü ber die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OpferentschädigungsgesetzÂ) i.V.m. dem Gesetz ü ber die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) glaubhaft gemacht. Es kommen damit auch keine vorzeitigen oder vorläufigen Leistungen nach §Â 1 OEG i.V.m. §Â 10 Abs. 8 BVG bzw. § 119 Abs. 1 oder Abs. 2 SGB XIV in Betracht.

Â

Grundvoraussetzung der begehrten Ansprüche nach altem wie neuen Recht (BSG, Urteil vom 29.06.2000 â∏ B 9 VG 3/99 R â∏ juris, Rn 11, Knickrehm, Mushoff, Schmidt, Das neue Soziale Entschädigungsrecht, 1. Auflage, Rn. 66; für die vorläufige Bewilligung nur an â∏Geschädigteâ∏: Weber in: LPK-SGB XIV, 1. Aufl. 2022, § 119 Rn. 8) ist das Vorliegen bzw. die Wahrscheinlichkeit eines Vorliegens eines vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriffs, § 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 OEG sowie nach § 13 Abs. 1 Nr. 1, 2, 14 SGB XIV.

Â

Nach der stÃxndigen hÃnchstrichterlichen Rechtsprechung zum alten Recht ist fÃnden Begriff ânvorsÃxtzlicher, rechtswidriger tÃxtlicher AngriffângrundsÃxtzlich auf eine in feindseliger Willensrichtung unmittelbar auf den KÃnrper eines anderen zielende gewaltsame Einwirkung abgestellt worden (BSG, Urteil vom 16.12.2014 ân0 B 9 V 1/13 R ân0 juris; BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016Â ân1 B 9 V 3/15 R

â∏, <u>BSGE 122, 218</u>, Rn. 23). § 13 Abs. 1 Nr. 2 SGB XIX erweitert den Begriff auf ein sonstiges vorsätzliches, rechtswidriges, unmittelbar gegen die freie Willensentscheidung einer Person gerichtetes schwerwiegendes Verhalten (psychische Gewalttat).

Â

Im vorliegenden Fall hat die Antragstellerin nicht hinreichend glaubhaft gemacht, dass sie einen bzw. mehrere solcher tÄxtlichen Angriffe gegen ihre Person oder ihre freie Willensentscheidung erlitten hat. Den Aussagen der Antragstellerin im Rahmen der polizeilichen und staatsanwaltlichen Vernehmungen lassen sich in keinem der Tatvorwürfe ein plausibler Tathergang entnehmen. Objektive Anhaltspunkte für MordanschlĤge und Brandstiftungen und Ĥhnliches kĶnnen den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten nicht entnommen werden. GemĤÃ∏ den sich aus der Ermittlungsakte ergebenden Auswertungen konnten die Aussagen der Antragstellerin seitens der ErmittlungsbehĶrden nur schwer nachvollzogen werden. Demgegenüber bieten die Aussagen der Beschuldigten nachvollziehbare Erklärungen für die Vorfälle, soweit sie sich zugetragen haben. Hinweise für eine gegen die Antragstellerin gerichtete Gewalttat sind diesen nicht zu entnehmen. Ein gro̸er Teil der staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren, die auf die Strafanzeigen der Antragstellerin eingeleitet worden waren, sind dementsprechend inzwischen bereits nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt worden. Ihr Aufenthalt in der Justizvollzugsanstalt geschah zudem aufgrund einer zu verbüÃ∏enden Ersatzfreiheitsstrafe. Anhaltspunkte für eine stattdessen unrechtmäÃ∏ige Festsetzung â∏∏ wie behauptet wird â∏∏ ergeben sich damit nicht. Weitere Mittel der Glaubhaftmachung hat die Antragstellerin nicht genutzt. Etwaige ergĤnzende Ermittlungen bleiben dem Hauptsacheverfahren vorbehalten.

Â

Auch nach § 1 Abs. 1, 2 OEG bzw. § 14 SGB XIX gleichgestellte Schädigungen wie die vorsAxtzliche Beibringung von Gift (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 OEG bzw. § 14 Abs. 1 Nr. 1 SGB XIV), die wenigstens fahrl\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)ssige Herbeif\(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\)hrung einer Gefahr f\(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\)r Leib und Leben eines anderen durch ein mit gemeingefĤhrlichen Mitteln begangenes Verbrechen (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 OEG bzw. § 14 Abs. 1 Nr. 4 SGB XIV), ein Fehlgehen der Tat i.S. eines aberatio ictus (§ 1 Abs. 1 Satz 1 OEG bzw. § 14 Abs. 1 Nr. 2 SGB XIV), ein Angriff unter irrtümlicher Annahme des Vorliegens eines Rechtfertigungsgrundes (§ 1 Abs. 1 Satz 2 OEG bzw. § 14 Abs. 1 Nr. 3 SGB XIV), die erhebliche VernachlÄxssigung von Kindern (§ 14 Abs. 1 Nr. 5 SGB XIV) oder die Herstellung, Verbreitung und Affentliche ZugAznglichmachung von Kinderpornografie nach <u>§Â 184b Abs. 1 Satz 1</u> Nr. Â 1, <u>3</u> und <u>4</u> des Strafgesetzbuchs (§ 14 Abs. 1 Nr. 6 SGB XIV) sind nach Wertung des derzeitigen Sach- und Streitsandes unter Berücksichtigung der Ã□uÃ□erungen der Antragstellerin und der vorliegenden Aktenlage nicht erkennbar. So kann insbesondere den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nicht entnommen werden, dass in geschilderten Medikamentengaben (vorgetragene A

berdosierung von Analgeltika, Injektionen mit BetĤubungsmitteln, Einspritzen von Nitrospray, etc.) vorsÃxtzliche Beibringungen von Gift zu sehen sein könnten.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf einer entsprechenden Anwendung der \hat{A} § \hat{A} § 183 , 193 SGG.

Â

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (§ 177 SGG).

Â

Erstellt am: 04.09.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024